

INHALT

Verzeichnis der Abkürzungen	8
Vorwort	10

EINFÜHRENDE DARSTELLUNG

1. Methodische Probleme und Forschungsstand	13
2. Nationalsozialismus und Beamtentum	20
3. Die „Wiederherstellung“ des Berufsbeamtentums	39
4. Fachbeamtentum oder politisierte Verwaltung – das Ringen um die Entscheidungsgewalt in der staatlichen Personalpolitik	62
5. Die Entstehung des „Deutschen Beamtengesetzes“ und die Aushöhlung der staatstragenden Rolle des Berufsbeamtentums	91

QUELLEN

I. Grundsätzliche Ziele der nationalsozialistischen Beamtenpolitik

1. Denkschrift des späteren Staatssekretärs Hans Pfundtner über beamtenpolitische Maßnahmen einer „nationalen Regierung“ vom Juni 1932 ..	127
2. Interner Erlaß des Staatssekretärs Ludwig Grauert für das Preußische Ministerium des Innern vom 18. April 1933	135
3. Denkschrift Fritz-Dietlof von der Schulenburgs über den Neuaufbau des höheren Beamtentums vom April 1933	137
4. Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern über die Aufgaben des Reichsbunds der Deutschen Beamten vom 26. März 1934 ..	145
5. Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern zum Verbot der Interessenvertretung durch die NS-Fachschaften vom 27. Dezember 1934	144
6. Ausführungen Hitlers über das Verhältnis von Staat und Partei auf der Reichsstattthalterkonferenz am 1. November 1934	145
7. Denkschrift Fritz-Dietlof von der Schulenburgs über die Krise des Beamtentums vom September 1937	146
8. Aus der Denkschrift Staatssekretär Hans Stuckarts über die Neuordnung des Ausbildungsganges der höheren Verwaltungsbeamten vom 5. August 1940	149

II. Aktenstücke zur Entstehung und Durchführung des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1933

1. Entwurf eines Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, März 1933	151
2. Besprechung über den Entwurf des Berufsbeamtengesetzes im Reichsministerium des Innern vom 27. März 1933	155
3. Unterredung von Ministerialdirektor Dr. Mulert mit Ministerialrat Dr. Krauthausen über die Durchführung des Berufsbeamtengesetzes vom 19. April 1933	157
4. Unterredung von Ministerialdirektor Dr. Mulert mit Ministerialrat Dr. Seel vom 20. April 1933 über die Durchführung des Berufsbeamtengesetzes	158

5. Ministerbesprechung über die Durchführung des Berufsbeamtengesetzes vom 25. April 1933 159
6. Kritik bezüglich der Anwendung des § 2 BBG auf ehemals kommunistische Beamte im Reichsarbeitsministerium, Juni 1935 164

III. Aktenstücke zur bevorzugten Behandlung nationalsozialistischer Beamter

1. Erlaß des Reichsministeriums des Innern vom 14. Juli 1933 über die Besetzung der Personalreferate mit überzeugten Nationalsozialisten .. 166
2. Erlaß des Reichsministeriums des Innern vom 7. August 1933 über die bevorzugte Verwendung national gesinnter Wartestandsbeamter 166
3. Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 26. Oktober 1933 über die bevorzugte Beförderung von um die nationale Erhebung verdienten Beamten 167
4. Schreiben des Reichspostministers an den Reichsminister des Innern vom 30. Dezember 1933 zur Frage der Beförderung von Beamten 168
5. Ergebnisse der interministeriellen Konferenz vom 17. Januar 1934 über die Frage der Beförderung der Beamten 169
6. Erlaß des Reichsministers des Innern vom 20. März 1934 über die Beförderung von Beamten, die sich im Kampf um die nationale Erhebung besonders verdient gemacht haben 170
7. Denkschrift des Oberregierungsrats und SA-Obersturmbannführers Hans von Helms über „Nationalsozialistische Personalpolitik in den Zentralbehörden in ihrem Zusammenhang mit ‚Partei und Staat‘“ vom 26. Mai 1934 171
8. Anwendung der §§ 5 und 6 BBG (Versetzung in ein anderes Amt oder in den Ruhestand) auf Parteigenossen, die vor dem 30. Januar 1935 der NSDAP beigetreten sind 174
9. Schreiben des Reichsministers der Finanzen vom 9. September 1936 an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern betreffend die Beförderung von Beamten 175
10. Beförderungsrichtlinien des Reichsarbeitsministeriums 176
11. Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern vom 19. November 1937 über die Einberufung von Nationalsozialisten in das Beamtenverhältnis 177

IV. Quellen zum Kompetenzkonflikt zwischen dem Stellvertreter des Führers und den Obersten Reichsbehörden in beamtenpolitischen Fragen

1. Meinungsaustausch zwischen dem Reichsministerium der Justiz und dem Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern über die Fortgeltung des Beamtenrechts der Weimarer Reichsverfassung, März/April 1934 180
2. Rundschreiben des Stellvertreters des Führers vom 23. Januar 1935 über die Akteneinsicht durch Dienststellen der NSDAP 182
3. Akten zur Mitwirkung des Stellvertreters des Führers bei der Ernennung und Beförderung von Beamten, 1938-40 182
4. Schriftwechsel zwischen den Obersten Reichsbehörden und dem Stellvertreter des Führers über die Besetzung leitender Beamtenstellen mit Nationalsozialisten, 1940 194
5. Schriftwechsel des Stellvertreters des Führers mit den Reichsministerien über die politische Bewertung des Fronteinsatzes von Beamten, Ende 1941 198

V. Akten zur Entstehung des Deutschen Beamtengesetzes

1. Erinnerung des Staatssekretärs Pfundtner über die Entwürfe zur Beamtengesetzgebung vom 10. August 1934	203
2. Vorlage Pfundtners für Reichsinnenminister Frick vom 8. November 1934 zur Beamtengesetzgebung	203
3. Schnellbrief des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern vom 16. Januar 1936 zur Vorlage des Deutschen Beamtengesetzes im Reichskabinett	205
4. Vorlage des Ministerialrates Dr. Killy für Staatssekretär und Reichsminister Dr. Lammers vom 1. Februar 1936 zum Stand der Verhandlungen über den Entwurf des Deutschen Beamtengesetzes	206
5. Stellungnahme der Ressorts zu § 42 DBG	208
6. Schreiben des Staatssekretärs und Chefs der Reichskanzlei an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern vom 25. Juni 1935	212
7. Vorlagevermerk des Referenten für Beamtenfragen im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern und Aktenvermerk Fricks über das DBG vom September 1936	212
8. Besprechung im Braunen Haus in München vom 26. Oktober 1936 über den Entwurf des Deutschen Beamtengesetzes	213
9. Schreiben des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern an die Reichsminister zum Entwurf des DBG vom 18. Dezember 1936	214
10. Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums vom 15. Dezember 1936	215
11. Schreiben des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministeriums vom 7. Januar 1937 zu § 42 Abs. 2	215
12. Stellungnahme des Preußischen Ministerpräsidenten vom 7. Januar 1937 zu § 42 Abs. 2	216
13. Aufzeichnung von Ministerialrat Dr. Killy vom 10. Januar 1937 zum Stand der Verhandlungen über das DBG	217
14. Aktenvermerk von Reichsminister Lammers vom 13. Januar 1937 über die Haltung Hitlers zu § 42 Abs. 2	220
15. Behandlung des Gesetzentwurfs in der Reichskabinettsitzung vom 26. Januar 1937	220

VI. Aktenstücke zum Problem der Personalunion von Kreisleitern und Landräten

1. Schnellbrief des Reichsministers des Innern an den Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung und den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei vom 23. Dezember 1939	223
2. Aktenvermerk von Ministerialrat Dr. Dellbrügge vom Dezember 1939 über die Entwicklung der Personalverhältnisse in der Ostmark	224
3. Schreiben des Reichsministers des Innern an Generalfeldmarschall Göring und Reichsminister Lammers vom 2. Januar 1940	227
4. Niederschrift des Hauptamtsleiters Friedrichs zur Frage der Personalunion von Kreisleiter und Landrat, Anfang 1940	228
5. Konflikt zwischen dem Reichsministerium des Innern und dem Stellvertreter des Führers über die Besetzung der Landratsstellen in der Ostmark vom Frühjahr 1941	233
6. Rundschreiben des Leiters der Parteikanzlei an die Reichsleiter, Gauleiter, Verbändeführer und Kreisleiter vom 7. August 1942	239

Sach- und Personenregister	243
----------------------------------	-----